bz REGION

BASEL-STADT, BASELLAND, SCHWARZBUBENLAND

Schon hofft Baselland auf Einsparungen

European Campus Die Zusammenarbeit der Basler Universität am Oberrhein stösst auf viel Unterstützung

VON PETER SCHENK

Die Ausrichtung der Universität Basel ins nahe Ausland (bz von gestern) wird im Raum Basel positiv aufgenommen. Hauptgrund dürfte sein, dass durch die Kooperation mit fünf oberrheinischen Universitäten ihre Chance steigt, Zugang an die gut gefüllten Fördertöpfe der EU zu erhalten.

Dies sehen auch die beiden zuständigen Regierungsräte Monica Gschwind (FDP), Vorsteherin der Baselbieter Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion, und ihr Basler Kollege Conradin Cramer (LDP) so. Beide begrüssen die Kooperation ausdrücklich. «Besonders positiv ist die internationale Perspektive der Zusammenarbeit», sagt Cramer.

Gschwind verweist auf den neuen Leistungsauftrag, der die Uni auffordere, besser mit anderen Universitäten und Forschungsreinrichtungen zu kooperieren: «Die Zusammenarbeit im European Campus entspricht genau dieser Stossrichtung.»

«Für den Hochschulraum Schweiz wäre eine Gefährdung der Personenfreizügigkeit eine Katastrophe.»
Conradin Cramer, Basler Regierungsrat

Zustimmung aus dem Landrat

Zustimmung gibt es auch aus dem Landrat – sogar von den beiden Parteien, die der Uni zuletzt durch Sparforderungen zugesetzt haben. Rolf Richterich, Fraktionspräsident der FDP Baselland, hält die Kooperation der Uni Basel mit den oberrheinischen Universitäten für «plausibel» und fühlt sich bestärkt in der Analyse, sie sei allein zu klein. «Wir wollen, dass die Uni Basel in der Schweiz mehr mit den anderen Universitäten zusammenarbeitet. Wenn das in den Oberrhein ausgeweitet wird, haben wir nichts dagegen.» Ob daraus ein Zielkonflikt entstehe, müsse man aber noch untersuchen.

Grundsätzlich positiv äussert sich auch Paul Wenger (SVP), Mitglied der landrätlichen Bildungs-, Kultur- und Sportkommission. «Die Idee, über die Grenze zu schauen, ist sicherlich prüfenswert, und wenn man so an die EU-Töpfe herankommt, ist das gut.» Untersuchen müsse man noch, ob dies Einfluss auf die Finanzierungskanäle in der Schweiz habe. «Die Frage ist, ob dadurch die Träger-Kantone entlastet werden. Das wäre natürlich wünschenswert», sagt Wenger. Er verweist auf die «relativ vielen deutschen Studenten, die praktisch gratis in Basel studieren». Wenn so mit deutscher Hilfe EU-Gelder nach Basel fliessen, «könnte man politische Spannungen abbauen», argumentiert Wenger.

Gschwind ist überzeugt, dass der European Campus die Abhängigkeit von den kantonalen Trägern mindere und ihre finanzielle Autonomie stärke. «Angesichts der grossen Herausforderungen im Bereich der Hochschulfinanzierung ist es absolut wünschenswert, derartige Stossrichtungen zu forcieren.» Cramer tönt da ein wenig anders: Er will mit den Trägerbeiträgen sicherstellen, «dass die Universität eine attraktive Kooperationspartnerin im Inland wie im Ausland bleibt.» Solche Förderbeiträge erhalte sie nur, wenn sie selber ergänzende Mittel beisteuere.

Negative Folgen für Uni Basel

Bleibt die Frage, was bei der Abschaffung der Personenfreizügigkeit passiert. Zumindest die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat für die Uni Basel negative Konsequenzen gehabt: «Die EU hat die Finanzierung für Projekte mit Schweizer Beteiligung ausgesetzt und die Schweiz wie ein Drittland behandelt», erklärt Janosch Nieden, Direktor des European Campus.

Ein bis anderthalb Jahre lang sei kein neuer Antrag der Uni Basel genehmigt worden oder nur durch Übernahme des EU-Anteils durch die Schweiz ermöglicht worden. «Für das Renommee und das Einwerben von Mitteln war das durchaus bedrohlich für die Universität Basel.» Derzeit wird die Schweiz bei Forschungsprojekten der EU wieder wie ein Mitgliedsland behandelt.

Seit Jahren ist die Uni Basel top bei der Quantentechnologie: 2010 übergab Bundesrat Didier Burkhalter dem Basler Physiker Daniel Loss (rechts) für seine Arbeiten zur Physik des Quantencomputers den Wissenschaftspreis der Schweiz. KEYSTONE

Gschwind sieht das Projekt European Campus durch eine mögliche Aufhebung der Personenfreizügigkeit nicht in Gefahr. «Das Gegenteil ist der Fall. Derartige grenzüberschreitende Kooperationen sind eher in der Lage, etwaige Anstellungsprobleme aufzuweichen.»

Cramer stimmt ihr zu – aber nur zum Teil. «Der European Campus beruht auf der Zusammenarbeit der Universitäten. Insofern funktioniert er auch, wenn die Personenfreizügigkeit auf der Ebene Schweiz - Europa erschwert oder infrage gestellt würde. Dennoch wehre ich mich entschieden gegen eine Behinderung oder gar Gefährdung der Personenfreizügigkeit. Für den Hochschulraum Schweiz als Ganzes wäre das eine Katastrophe.»

QUANTENTECHNOLOGIE

Weitere 50 bis 70 Doktoranden

Neben der Graduierten Akademie für 50 Postdocs, die die Endress-Stiftung mit zehn Millionen Franken finanziert (bz von gestern), dürften im neuen Cluster für Quantentechnologie der Universitäten Basel und Freiburg im Breisgau weitere 50 bis 70 Doktoranden forschen. Der Antrag ist eingereicht und bereits im Februar 2018 erwartet der European Campus, der Zusammenschluss der Unis Basel, Freiburg, Karlsruhe, Strassburg und Mulhouse, die Antwort der EU. Das Projekt soll mit vier bis fünf Millionen Euro finanziert werden, fünf Jahre dauern und im September beginnen.
Für das Flagship Quantentechnologie steht eine Milliarde Euro zur Verfügung. Die Entscheidung, ob und in welchem Ausmass die Uni Basel mit ihren oberrheinischen Partnern davon profitieren wird, wird für Ende 2018, Anfang 2019 erwartet. Gut im Rennen ist der European Campus auch wegen Strassburg, wo am für das Thema zuständigen Institut zwei Nobelpreisträger forschen. (PSC)